

Niederschrift

über die 7. öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 9. November 2006
im Sitzungssaal des Rathauses.

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19.30 Uhr

Anwesende:

Bgm. Engelbert Stenico, Vorsitzender
1. Bgmstv. Mag. Manfred Weiskopf
2. Bgmstv. Ing. Helmut Waltle
StR Konrad Bock
StR Mag. Manfred Jenewein
StR Ing. Bernhard Wolf
StR Hubert Niederbacher
GR Eva Lunger
GR Dipl.Ing. Andreas Pfenniger
GR Norbert Lettenbichler
GR Markus Gerstgrasser
GR Franz Huber
GR Ing. Thomas Hittler
GR Herbert Mayer
GR-Ers. Ing. Roland König
GR-Ers. Manuela Tiefenbacher-Schauer
GR-Ers. Christoph Schnegg

Abwesend und entschuldigt:

GR Mag. Kurt Leitl
GR Dr. Mag. Martin Hochstöger
GR Stefan Oberdorfer
GR Richard Reinalter
GR Simone Luchetta

Weiters an- wesend:

Mag. Elisabeth Reich

Schriftführerin

Carmen Hauser

Tagesordnung

1. Niederschrift
2. Antrag des Stadtrates
Beitrittserklärung zum „Regionalmanagement Bezirk Landeck
3. Anträge des Bau- und Wasserausschusses
Anschaffung eines Kommunalfahrzeuges (Kleintraktor) – Auftragsvergabe;
Dienstbarkeitseinräumung an die Tiwag (Lichtwellenleiter)
4. Antrag des Sozial- und Wohnungsausschusses
Wohnungsvergaben
5. Anträge, Anfragen und Allfälliges
6. Personalangelegenheiten

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Anschließend wird Herr Arno Pirschner als Ersatzmitglied für diesen Gemeinderat angelobt. Der Vorsitzende ersucht um Aufnahme eines weiteren Tagesordnungspunktes – Änderung des Allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplanes „Hotel Schrofenstein – Spar“ – Auflage/Beschlussfassung, womit sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden erklärt. Sodann geht der Vorsitzende auf die Erledigung der Tagesordnung über.

Pkt. 1) der TO.: **Niederschrift**

Die Niederschrift über die 6. Sitzung des Gemeinderates im Jahre 2006 wird genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

Pkt. 2) der TO.: **Antrag des Stadtrates**

Der Vorsitzende verliest nachstehenden Bericht und Antrag des Stadtrates:

Beitrittserklärung zum „Regionalmanagement Bezirk Landeck“

Die Umstrukturierung vom Regionalentwicklungsverein MIAR zum „Regionalmanagement Bezirk Landeck“ steht kurz vor dem Abschluss. Nachdem Dr. Sigfried Gohm vom Regional-

entwicklungsverein MIAR ausgeschieden ist, hat Dipl.-Ing. Witting die Obmannschaft übernommen. Der Geschäftsführer Mag. Marius Massimo ist ebenso ausgeschieden, die Ausschreibung für eine(n) neue(n) GeschäftsführerIn ist bereits erfolgt. Die Statuten werden dem GR-Protokoll beigelegt.

Ab 2007 besteht die Möglichkeit an dem von der Europäischen Union geförderten „Leader Programm“ teilzunehmen. Voraussetzung dafür ist, dass eine Region über einen Regionalverein verfügt. Entsprechend den Grundsätzen der Leader-Methode muss die Finanzierung über die gesamte Strukturperiode von sieben Jahren gesichert werden.

Das Land Tirol fördert das Regionalmanagement im Bezirk Landeck mit einer Basisfinanzierung in der Höhe von 60% über die gesamte Dauer, gleichzeitig verzichtet die Stadtgemeinde auf einen Austritt während der laufenden Strukturperiode. Die Strukturperiode läuft von 2007 bis 2013.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 3. Oktober 2006 beschlossen, beim Gemeinderat zu beantragen, er wolle beschließen, dass die Stadtgemeinde Landeck dem Regionalmanagement für den Bezirk mit 1. Jänner 2007 beitrifft und die vorliegenden Statuten zur Kenntnis nimmt.

Der Gemeinderat wird um Beratung und Beschlussfassung ersucht.

Der Vorsitzende erläutert, dass personelle Änderungen durch das Ausscheiden von Herrn Dr. Sigfried Gohm und Herrn Mag. Marius Massimo eingetreten sind. Inhaltlich neu und Schwerpunkt ist das Leader Programm. Der Regionalverein wird sich einsetzen, um die Zuerkennung als Leader Region zu bekommen (der Bezirk Landeck wurde vom Land Tirol als strukturelles Entwicklungsgebiet eingestuft). Die Voraussetzung dafür ist, dass die finanzielle Unterstützung bis Ende der Strukturperiode gesichert sein muss. Weiters müssen alle 30 Gemeinden diesen gleich lautenden Beschluss fassen.

Bgmstv. Ing. Waltle hält fest, falls wir nicht „Leader“ werden, müssen wir über Einsparungen reden. Ansonsten sei er mit der Beitrittserklärung zum „Regionalmanagement Bezirk Landeck“ einverstanden.

Der Vorsitzende berichtet, dass darüber im Regionalmanagement diskutiert worden ist. In den Statuten sind die Bestimmungen über die Beendigung der Mitgliedschaft etc. genau festgehalten. Die Gemeinden haben immer die Stimmenmehrheit im Verein und deshalb die Möglichkeit wieder auszusteigen. Er betont, dass neben dem Leader-Programm das Förderprogramm Interegg, Via Claudia Augusta und das Regionalmanagement weitergeführt wird.

GR.-Ers. Ing. Roland König möchte wissen, wie hoch die Kosten (die Gemeinde Landeck betreffend), hochgerechnet auf 7 Jahre für den Geschäftsführer und den Obmann sind und wie sich dies mit den Arbeitskreisen verhält. Ob eine Zahl genannt werden kann.

Der Vorsitzende erläutert, dass an den Verein MIAR ein Mitgliedsbeitrag für das Jahr 2006 in der Höhe von € 2.900,-- (€ 0,40,-- pro Einwohner) geleistet wird. Laut Aussage vom Land Tirol weist der Bezirk Landeck die geringste Kopf-Quote auf. Eine Erhöhung sollte durchaus angedacht werden. Ein diesbezüglicher Antrag wäre an die Gemeinden zu stellen, die dann darüber abstimmen. Die Teilnahme am „Leader Programm“ fordert keine zusätzliche Finanzierung. Wie hoch die Kosten für Tätigkeiten sind, die hauptamtlich durchgeführt werden, könne er nicht beantworten. Wenn die Aufgaben ehrenamtlich durchgeführt werden, folgt eine Spesenabrechnung. Der Fachbeirat wurde aufgelöst und Arbeitsgruppen (bestehend aus Personen – unserer Region, die auch als Experten gelten), gebildet. Die Arbeitskreise kosten nichts. Bei Inanspruchnahme von Experten, die nicht aus unserer Region stammen, ist mit Spesen zu rechnen.

StR Konrad Bock sieht das Leader-Programm als große Chance. Die Gemeinden sind gefordert und ist dies nicht nur eine Bringschuld sondern auch eine Holschuld. Auch die Gemeinde Zams sei ins Boot zu holen. Im Stadtrat soll über die Interessen des Talkessels beraten werden. Es stellt sich die Frage, was über den Regionalentwicklungsverein zu steuern ist.

Der Vorsitzende berichtet, der Regionalentwicklungsverein könnte eine Anlaufstelle für die Gemeinden sein, welche ihre Probleme dort einbringen können. Weiters sollte eine enge Zusammenarbeit zwischen den Planungsverbänden und dem Regionalmanagement herrschen und eine Rückkoppelung zu den einzelnen Gemeinden stattfinden.

GR-Ers. Ing. Roland König interessiert, ob es vom alten Verein MIAR Projekte gibt bzw. vorhanden sind, oder, ob sie auf die Ideen der Gemeinden warten.

Der Vorsitzende erläutert, dass es laufende Projekte gibt, die weit über das Jahr 2007 reichen. Der neue Geschäftsführer und der neue Obmann werden dann die Ideen und Zielsetzungen präzisieren. In Bezug auf die Finanzierung erklärt er, dass das Regionalmanagement 40% selber aufbringen muss, wobei die Gemeinden einkalkuliert sind.

Für GR Ing. Thomas Hittler ist es wichtig, dass alles getan wird, um am Leader-Projekt teilzunehmen und hofft auf die geschlossene Teilnahme aller Gemeinden. Die Ausschreibung des Managers kritisiert er als zu hochtrabend.

Der Vorsitzende entgegnet, dass genügend Bewerbungen eingelangt sind. Er bittet nun den Gemeinderat über diesen Bericht und Antrag des Stadtrates abzustimmen.

Der Gemeinderat erklärt sich mit dem Beitritt zum Regionalmanagement Bezirk Landeck sowie die Finanzierung bis 2013 sicherzustellen und die Statuten zur Kenntnis zu nehmen, einstimmig einverstanden.

Pkt. 3) der TO.: **Berichte und Anträge des Bau- und Wasserausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Bau- und Wasserausschusses, StR Konrad Bock, das Wort. Er verliest nachstehende Berichte und Anträge des Bau- und Wasserausschusses und ersucht den Gemeinderat um Entscheidung im Sinne des Antrages.

a. Anschaffung eines Kleintraktors mit Zusatzgeräten – Auftragsvergabe

Nachdem der ca. 20 Jahre alte KUBOTA-Kleintraktor mit den Zusatzgeräten wegen seines Alters bereits starke Verschleißerscheinungen aufweist, soll dieser heuer vom Fuhrpark ausgeschieden und durch ein Neufahrzeug ersetzt werden.

Im Frühjahr fanden deshalb zwei Vorführungen über die Kleintraktormodelle der Marken KUBOTA und ISEKI im Bauhof statt. Die vorgelegten Angebote der Lieferfirmen Ortner und Stanger (Kubota) und AZ-Technik (Iseki) wurden miteinander in Bezug auf ihre Leistung, Ausstattung und Qualität verglichen, wobei das bewährte Traktormodell KUBOTA dem Konkurrenzgerät ISEKI vorgezogen wird.

Die Kosten für die Neuanschaffung dieses Traktormodells mit 42 PS-Leistung einschließlich sämtlichen Zubehör (Anhängevorrichtung, Fahrerschuttkabine etc.) und den Zusatzgeräten Schneeräumschild, Kastenstreuer, Zwischenachssichelmähwerk mit Gras- und Laubsauger, Frontkehrbesen (für Sommer- und Wintereinsatz) und einer Hydrolaubsaugdüse belaufen sich auf € 73.007,11 brutto. Auf diesen Preis wird Skonto von 3 % gewährt, bzw. wird das Altfahrzeug mit den Zusatzgeräten um € 4.500,- zurückgenommen. Somit ergibt sich ein Anschaffungspreis in Höhe von € 66.316,90 brutto.

Der Bau- und Wasserausschuss hat sich in seiner Sitzung am 25.10.2006 für den Ankauf des KUBOTA-Kleintraktors entschieden und beantragt die Auftragsvergabe an die Landwirtschaftliche Genossenschaft, welche dieses Fahrzeug über die Firma Ortner und Stanger vertreibt.

StR. Konrad Bock ergänzt, dass der Allradkleintraktor Modell Kubota mit dem Modell Iseki verglichen wurde. Das Modell Iseki ist zwar billiger aber aus folgenden Gründen hat man sich für das Modell Kubota entschieden:

1. im Sommer- und Winterdienst einsetzbar
2. Service

Der Gemeinderat erklärt sich mit dem Antrag des Bau- und Wasserausschusses einstimmig einverstanden. Weiters zieht man eine Anschaffung eines Zusatzgerätes mit Spindelmähwerk für den Sportplatz Perjen in Erwägung, diesbezüglich ist noch keine Entscheidung gefallen.

b. Dienstbarkeitseinräumung an die Tiroler Wasserkraftwerke AG
Mitverlegung eines Lichtwellenleiters mit der Erdgasleitung in der Malserstraße

Im Zuge der Verlegung der Erdgasleitung in der Malserstraße hat die Tiwag wie auf der Öd eine Leerverrohrung für den zukünftigen Einzug eines Lichtwellenleiters mitverlegt.

Der Bau- und Wasserausschuss beantragt hiermit die Einräumung des hierfür erforderlichen Dienstbarkeitsrechtes für die unterirdische Verlegung, Benützung und Erhaltung von Kabeln einschließlich Zubehör zur Übertragung von Nachrichten auf der Gp. 2469/2 (Malserstraße). Für diese Dienstbarkeitseinräumung leistet die Tiwag eine einmalige Vergütung welche sich aus einem Sockelbetrag in Höhe von € 270,-- und einer Laufmeterentschädigung in Höhe von € 2,10/lfm zusammensetzt. Im Falle einer, infolge eines Bauvorhabens der Stadtgemeinde Landeck erforderlich werdenden Leitungsumlegung, erfolgt eine Anpassung der Leitung an den neuen Bestand auf Kosten der Tiwag.

Der Gemeinderat wird um Beschlussfassung zu dieser Dienstbarkeitseinräumung ersucht.

Der Gemeinderat erklärt sich mit diesem Antrag einstimmig einverstanden.

Pkt. 4) der TO.: **Antrag des Sozial- und Wohnungsausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Sozial- und Wohnungsausschusses, StR Hubert Niederbacher, das Wort. Er verliest nachstehenden Antrag des Sozial- und Wohnungsausschusses:

Der Sozial- und Wohnungsausschuss der Stadtgemeinde Landeck hat in seiner Sitzung v. 23.10.2006 nachstehend angeführte Wohnungen wie folgt vergeben und wird der Gemeinderat um nachträgliche Beschlussfassung ersucht:

1. die 3-Zi-Wohnung Urichstraße 57, Top 1, EG (nach Trenkwalder) an **MENDES GOMES ADRIAO Daniela, Landeck, Brixnerstraße 12,**
2. die 2-Zi-Wohnung Brixnerstraße 12 (nach Mendes Gomes) an **ERTL Maria, Landeck, Andreas-Hofer-Straße 14** und
3. die 1-Zi-Wohnung Römerstraße 12, Top 7, 3. OG an **STADLER Heinz, Landeck, Fischerstraße 114.**

Der Gemeinderat erklärt sich mit Punkt 1. und 2. einstimmig einverstanden.
Die 1-Zi-Wohnung in der Römerstraße (Punkt 3) wurde nicht vergeben, da der Antrag zurückgezogen wurde.

Zusätzlicher Punkt zur TO: **Bericht und Antrag des Planungs- und Verkehrsausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Planungs- und Verkehrsausschusses, StR Ing. Bernhard Wolf, das Wort. Er verliest nachstehenden Bericht und Antrag des Planungs- und Verkehrsausschusses und ersucht den Gemeinderat um Entscheidung im Sinne des Antrages.

Änderung des Allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplanen „Hotel Schrofenstein - Spar“ -Auflage/Beschlussfassung

Nach einem Umlaufbeschluss wird vom Planungs- und Verkehrsausschuss beantragt, den Entwurf für die Änderung des Allgemeinen und Ergänzenden Bebauungsplanes „Hotel Schrofenstein - Spar“ (gemäß §56 Abs. 3 TROG 2006), betreffend einer Teilfläche der Gp. 2523/10 sowie einer Teilfläche der Bp. .609/3 gemäß §65 ff TROG 2006, durch vier Wochen hindurch zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen und – falls innerhalb dieser Auflagefrist keinerlei Stellungnahme einlangen – zu beschließen.

In der gegenständlichen Änderung des Bebauungsplanes wird mittels einer gestaffelten Baufluchtlinie ab dem vierten Obergeschoss in einem Teilbereich das Überbauen der öffentlichen Verkehrsfläche ermöglicht. Dieser Überbauung wird hinsichtlich der Bestimmungen des §5 Tiroler Bauordnung ausdrücklich zugestimmt.

Dem Bebauungsplanentwurf liegt der Erläuterungsbericht und die planliche Darstellung des Stadtbauamtes zugrunde, in welchen die Bebauungsbestimmungen festgeschrieben sind.

Der Gemeinderat erklärt sich mit diesem Bericht und Antrag einstimmig einverstanden.

Pkt. 5) der TO.: **Anträge, Anfragen und Allfälliges**

- a. GR Ing. Thomas Hittler bedankt sich bei Bürgermeister Engelbert Stenico und StR. Mag. Manfred Jenewein für die konstruktive Zusammenarbeit in Sache Parkmünzen. Gleichzeitig stellt er fest, dass es Unterstützung zum Thema Parkmünzen seitens des Stadtrates gegeben hätte. Er kritisiert diesbezüglich StR. Ing. Bernhard Wolf, dass seine Meldung an die Presse politisch nicht fair war.

Der Vorsitzende merkt an, dass die Kritik so zur Kenntnis genommen wird und weist auf die Meinungsfreiheit hin.

- b. GR.-Ers. Ing. Roland König berichtet, dass an den Wochenenden von der Burg bis zum U.S.W. Sachbeschädigungen am öffentlichen Gut und mutwillige Verunreinigungen stattfinden. Er bittet die Presse, dass die Öffentlichkeit mittels „Vorher- und Nachher“-Fotos informiert wird. Weiters fragt er an, ob bekannt ist, wie viel Stunden der Bauhof für das Reinigen an den Wochenenden aufwenden muss und ob Anzeigen gegen Unbekannt vorliegen. Er spricht sich für eine Videoüberwachung aus und sieht dies als erzieherische Maßnahme.

Der Vorsitzende erläutert, dass es einen Wochenend-Bereitschaftsdienst gibt, der mit Schwerpunkt Malserstraße beschäftigt ist. Da das Problem bekannt ist, wird versucht, mit Unterstützung der Exekutive Herr der Lage zu werden. Für ihn

ist die Videoüberwachung kein Thema. Er teilt mit, dass er die Stundenzahl und ob Anzeigen gegen Unbekannt vorliegen, erheben lässt.

StR. Konrad Bock könne sich eine Überwachung durch die Security vorstellen, darüber kann zusammen mit der Leistungsgemeinschaft nachgedacht werden. Er findet, dass eine Überwachung durch die Exekutive besser wäre. Weiters sei die Abgabe von Alkohol an junge Leute einzuschränken und Alkohol an öffentlichen Plätzen zu verbieten.

Der Vorsitzende präzisiert, dass die Exekutive alles im Rahmen ihrer Möglichkeit unternimmt. Zahlreiche Posten sind geschlossen worden, und daher steht wesentlich weniger Personal zur Verfügung. Über Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen kann im Stadtrat diskutiert werden, ein eigener Tagesordnungspunkt werde hierfür aufgenommen.

Bgmstv. Mag. Manfred Weiskopf spricht sich gegen eine Videoüberwachung aus. Es stellt sich die Frage, wie mit diesem Problem umzugehen ist, wobei die Wirte nicht aus ihrer Pflicht zu nehmen sind. Auch über Schulen und Elternvereine kann versucht werden, etwas zu erreichen.

Der Vorsitzende ergänzt, dass GR Markus Gerstgrasser bereits die ersten Versuche gestartet hat und dies weiterführen wird.

GR Markus Gerstgrasser weist auf die Problematik hin, dass von den Wirtsleuten das Jugendschutzgesetz nicht beachtet wird.

GR Herbert Mayer betont, dass auch die Bewohner am „Alter Marktplatz/Florianipark“ über Lärm etc. klagen. Weiters berichtet er, dass es in Zams ein Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen gibt, das von der Exekutive sporadisch kontrolliert wird. Dadurch ist die Situation besser geworden.

- c. GR-Ers. Ing. Roland König fordert die Presse um Richtigstellung ihrer Pressemeldung in Bezug „Mittel aus dem Katastrophenfonds“ auf und betont, dass kein Zusammenhang zwischen den gewährten Mitteln und dem Arbeitsübereinkommen mit der Stadtgemeinde besteht.

ENDE DER ÖFFENTLICHEN SITZUNG